

Zeit für Taten – auch in Bayern!

beschlossen von der Landesjugendversammlung am 9. November 2002 in Augsburg

Konstruktive Diskussion – energisches Handeln

Wieder einmal ist das Thema Bildung in aller Munde. Die PISA-Studie hat der deutschen Öffentlichkeit und Politik ins Bewusstsein gerufen, was viele schon geahnt haben: Unser Bildungssystem ist dringend reformbedürftig, wenn wir nicht international den Anschluss verlieren wollen. Nötig ist eine konstruktive Diskussion und energisches Handeln – auf Landes- wie auf Bundesebene.

Die Grüne Jugend Bayern wird größtmöglichen Druck machen, um die im Folgenden dargelegten Vorstellungen durchzusetzen.

Strukturen: Förderung statt Auslese

Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern um die beste Ausbildung ihrer SchülerInnen ist zu begrüßen, dieser aber macht nur Sinn, wenn es einen Rahmen in Form von nationalen Bildungsstandards, Zielvorgaben und Vergleichsmaßstäben gibt.

Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass in Deutschland weitaus stärker als anderswo die soziale Herkunft über die Bildungschancen entscheidet. Die unflexiblen Bildungssysteme müssen deshalb aufgebrochen werden, um auf größere Chancengleichheit hinzuwirken. Die SchülerInnen sollen nicht zu früh selektiert, sondern individuell gefördert werden. Dafür braucht es ein offeneres und durchlässigeres Schulsystem, kleinere Klassen sowie einen Mentalitätswandel hin zu mehr Dynamik und Reformbereitschaft bei LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen und PolitikerInnen. Es muss deshalb vom starren und hierarchischen dreigliedrigen Schulsystem abgerückt werden. Stattdessen bietet sich ein integriertes Gesamtschulsystem an. Wie das Beispiel Finnland gezeigt hat, ermöglicht es den SchülerInnen mehr Chancen und Förderung. Dadurch werden auch die Bildungschancen von Kindern aus finanziell schwachen Familien erhöht. JedeR SchülerIn erreicht so einen Abschluss auf Realschulniveau.

Ganztags locker lernen

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, neue Möglichkeiten zur individuellen Förderung der SchülerInnen zu schaffen und diesen eine sinnvolle Nachmittagsgestaltung zu bieten, fordert die Grüne Jugend Bayern, dass freiwillige Ganztagsbetreuung an allen bayerischen Schulen angeboten wird. Dies bedeutet für uns: Der Unterricht nach Lehrplan findet überwiegend am Vormittag statt, allerdings können die SchülerInnen anschließend auf freiwilliger Basis ein kostengünstiges Mittagessen aus ökologischem und regionalem Anbau in Anspruch nehmen; am Nachmittag stehen – ebenfalls freiwillig – Hausaufgabenhilfe, Förderkurse, Projektgruppen etc. auf dem Programm. Gerade in sozialen Brennpunkten werden den Schülerinnen und Schülern einerseits eine sinnvolle Freizeitgestaltung und andererseits die Möglichkeit zum sozialen Lernen geboten. Die Finanzierung der Ganztagsbetreuung darf aber auf keinen Fall auf die Kommunen abgewälzt werden, sondern soll von Bund und Ländern getragen werden.

Mittelfristig ist die Schaffung eines flächendeckenden Angebotes von Ganztagschulen anzustreben. In Ganztagschulen wird der Unterricht nach Lehrplan aufgelockert und über Vormittag und Nachmittag verteilt; zwischen den verpflichtenden Unterrichtsstunden werden

freiwillige Wahlkurse überwiegend im sozialen und kulturellen Bereich angeboten. Dies würde die Umsetzung moderner Lehrmethoden ermöglichen.

Kinderbetreuung ausbauen

Kinder haben einen natürlichen Wissens- und Lerndrang, dem sowohl Kindergarten wie auch Grundschule gerecht werden müssen. Beiden Einrichtungen kommt eine entscheidende Rolle zu, sind doch – neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge – die ersten zehn Lebensjahre die wichtigsten für die Entwicklung eines Kindes. Vor diesem Hintergrund muss der Bildungsauftrag der bislang sträflich vernachlässigten Kindergärten definiert und die Ausbildung der ErzieherInnen verbessert werden. Die Kinderbetreuung ist – auch und gerade in Bayern – drastisch auszubauen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Das große Lernpotential der Vorschulkinder muss möglichst frühzeitig aktiviert werden, das Ziel muss ein ausreichendes Platzangebot für alle sein. Die Kommunen müssen gesetzlich verpflichtet werden, jedem Kind einen kostenlosen Kindergartenplatz zu gewährleisten. Die Finanzierung ist durch den Bund und die Länder sicherzustellen. Hinzu kommt eine verbindliche Festschreibung von maximalen Gruppengrößen und minimaler Betreuungsverpflichtung, so dass es keinesfalls zu großen Kinderaufbewahrungsstätten kommt. Die Einführung eines Kindergarten-Pflichtjahres zur Vorbereitung auf die Grundschule wäre sinnvoll, nicht zuletzt im Hinblick auf die rechtzeitige Behebung von sprachlichen Defiziten deutscher und ausländischer Kinder. Um besser auf die einzelnen Kinder eingehen zu können, müssen die Kindergartengruppen bzw. die Grundschulklassen deutlich verkleinert und dementsprechend mehr LehrerInnen eingestellt werden. Nötig ist eine – auch finanzielle – Prioritätenverschiebung zugunsten von Vorschul- und Primarbereich.

LehrerInnen besser ausbilden und motivieren

Die hohe Zahl der Frühverrentungen unter den LehrerInnen zeigt, dass viele mit den Problemen, mit denen sie sich in der Schule konfrontiert sehen, nicht klar kommen und mit deren Lösung überfordert sind.

Während des Studiums erhalten angehende LehrerInnen einerseits Unmengen an Fachwissen, das sie während ihrer beruflichen Laufbahn größtenteils nie mehr gebrauchen werden können, andererseits kommt die pädagogische Ausbildung zu kurz. Deshalb müssen andere Prioritäten bei der Ausbildung der LehramtsstudentInnen gesetzt werden, die praxisnäher zu gestalten ist.

In einer sich immer schneller wandelnden (Berufs-)Welt ist die Weiterbildung für „etablierte“ LehrerInnen unabdingbar. Verstärkt müssen positive wie negative Anreize für die Teilnahme an Fortbildungen – vor allem in Didaktik und im Bereich der neuen Medien – geschaffen werden.

Weiterhin ist es problematisch, dass LehrerInnen verbeamtet sind. Durch die Lebensanstellung können weder besonderes Engagement gewürdigt noch mangelhafte Leistungen sanktioniert werden. Wir fordern deshalb, den Beamtenstatus für LehrerInnen abzuschaffen und neue LehrerInnen im Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Auf diese Weise wird das unflexible System aufgebrochen und der Weg für leistungsorientierte Bezahlung als Anreiz für stärkeres Engagement eröffnet. Es geht nicht darum, die Lehrkräfte unter Druck zu setzen, doch den besonders engagierten unter ihnen sollte die Anerkennung nicht versagt bleiben und den besonders nachlässigen nicht die Kritik.

LehrerInnen sollten nicht nur „von oben“ kontrolliert, sondern auch „von unten“ evaluiert werden. Auf diese Weise wird eine Partizipationsmöglichkeit für die SchülerInnen geschaffen, und auch der Lehrer bzw. die Lehrerin erhält so ein dringend benötigtes Feedback. Di-

rekte Kommunikation zwischen SchülerInnen und LehrerInnen ermöglicht eine bessere Erfolgskontrolle und die Ausrichtung des Unterrichts an den Bedürfnissen der Ersteren.

Weg vom Frontalunterricht

Die SchülerInnen sollen in der Schule nicht nur Faktenwissen – welches nach ein oder zwei Jahren sowieso schon wieder vergessen ist – „eingetrichtert“ bekommen, sondern sich auch und vor allem zu Persönlichkeiten und mündigen BürgerInnen heranbilden. Für uns steht im Vordergrund die Vermittlung des „Wissens, wie man lernt“ und von Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Die Konsequenz daraus ist, dass der traditionelle Frontalunterricht zugunsten innovativer Unterrichtsmethoden wie – auch fächerübergreifender – Projekt- und Gruppenarbeit zurückgefahren werden muss. Die Lehrpläne müssen so entrümpelt werden, dass die LehrerInnen mehr Freiräume bei der Gestaltung ihres Unterrichts bekommen – die sie dann aber auch nutzen sollen.

Doch die Lehr- und Stundenpläne müssen auch radikal reformiert werden. Dass an bayerischen Gymnasien der bayerischen Geschichte mehr Bedeutung zukommt als der von Asien, Afrika und Amerika zusammen, ist in einer globalisierten Welt nicht mehr zeitgemäß. Dass im Deutschunterricht kaum einmal der Begriff „Rhetorik“ fällt, ebenso. Auch der Sozialkundeunterricht und die fächerübergreifende politische Bildung kommen zu kurz, was in Zeiten von politischem Desinteresse und Fremdenfeindlichkeit verheerend ist, sie sollten deshalb ausgeweitet werden. Unserer Meinung nach ist es überholt, in einem von der Kirche getrennten Staat christliche Religionslehre als Pflichtfach zu unterrichten. Wir fordern deshalb als ersten Schritt die Gleichstellung und Wahlfreiheit zwischen Religion und Ethik sowie die Einführung von staatlich beaufsichtigtem Islamunterricht, mittelfristig ist – wie in Brandenburg, wo es einen Ethik- und Religionskundeunterricht für alle gibt – eine religionsübergreifende Vermittlung von Kenntnissen über Religionen und Philosophien anzustreben, wobei gerade in diesem Fach die freie Diskussion im Vordergrund stehen sollte.

Demokratie in Schulen mit eigenem Profil

Die Wünsche, Vorstellungen und Anregungen der SchülerInnen müssen gerade in Bayern mehr Beachtung finden. Demokratie kann nicht gelernt, sondern muss gelebt werden – auch und vor allem an den Schulen! Schülermitverantwortung (SMV) und Schulforum – ein aus Vertretern von Kollegium, Eltern und SchülerInnen bestehendes Gremium – müssen deshalb aufgewertet, ihre Rechte gestärkt und ihre Aufgaben – bis hin zur Beteiligung an der Wahl der Schulleiterin bzw. des Schulleiters – ausgeweitet werden. Dies geht nur an Schulen, die über mehr Eigenständigkeit verfügen. Autonomie für die Schulen und eine effiziente Schülermitverwaltung gehören zusammen. Nur wo es etwas zu entscheiden und zu gestalten gibt, können SchülerInnen zum Mitmachen motiviert werden.

Wenn Schulen unter Beteiligung der SchülerInnen-Vertretung über die Verwendung der Finanzmittel selbst entscheiden und beispielsweise einen Teil ihres Personals selbst auswählen können, haben sie die Möglichkeit, ein eigenes Profil auszubilden, und einen Anreiz, SchülerInnen und Lehrkräften möglichst viel zu bieten. Entscheidungen, wo das Geld am sinnvollsten investiert ist, können in jedem Fall am besten und verantwortungsvollsten dezentral vor Ort getroffen werden. Für besonders innovative Projekte sollen zusätzliche Gelder bereitgestellt werden.

Hierfür müssen freilich Schülervertretungen per Gesetz gestärkt werden. Die immer noch praktizierte und unsägliche Zensur von Schülerzeitungen durch die Schulleiterin bzw. den Schulleiter ist ein demokratieverletzender Missstand. Auch die Anerkennung der „Landes-

schülervvertretung Bayern e.V.“ als solche durch das Kultusministerium ist mehr als überfällig.

Integration heißt: Die Sprache beherrschen

Die Trennung zwischen Sonder- und Regelschulen ist aufzuweichen, um eine bessere Integration von Kindern mit Behinderung zu ermöglichen. So sollen z.B. schon im Kindergarten und in der Grundschule beginnend Sport, Musik und Schullandheimaufenthalte gemeinsam gestaltet werden.

Die Integration ausländischer Kinder muss deutlich verbessert werden. Voraussetzung für erfolgreiche Integration ist, dass die Betroffenen die deutsche Sprache beherrschen – um einerseits dem Unterricht folgen, andererseits sich selbst verständlich machen zu können. Die Integrationsbemühungen müssen sich darauf konzentrieren, ausländischen Kindern bereits vor Eintritt in die Grundschule die deutsche Sprache auf spielerische Weise beizubringen. Dies ist am ehesten in integrativen Kindergärten möglich, auch und gerade deshalb erscheint uns ein verpflichtendes Kindergarten- bzw. Vorschuljahr sinnvoll. Wer bei der Einschulung keine ausreichenden Sprachkenntnisse vorweisen kann, muss weiter gefördert werden.

Integration ist aber mehr als nur Sprachunterricht für ausländische Kinder: Sie bedeutet auch, dass ausländische und auch behinderte Kinder akzeptiert und in den eigenen Reihen aufgenommen werden müssen.

Forderung nach mehr Europaschulen in Bayern

Der Europäischen Integration muss auch im schulischen Bereich vermehrt Rechnung getragen werden. Auch Bayern darf sich dieser Entwicklung nicht verschließen und muss deshalb vermehrt Europaschulen einrichten. In anderen Bundesländern, wie Berlin, wird das bereits erfolgreich praktiziert. Außerdem muss es an allen Schulen entsprechende Angebote geben.

Teilhabegerechte Hochschulbildung

Für uns sind die Hochschulen der Ort, an dem kreativ, interdisziplinär und auf wissenschaftlicher Grundlage gelehrt, gelernt und geforscht wird.

Deutsche Hochschulen müssen sich mehr als bisher für ausländische Studierende und WissenschaftlerInnen öffnen. Gleichzeitig müssen deutsche Studierende mobiler und flexibler werden. Zwischen- und Abschlussprüfungen müssen international und national anerkannt werden.

Des Weiteren müssen junge WissenschaftlerInnen mehr Autonomie und Forschungsfreiheit im Rahmen von ethischen Grundsätzen bekommen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Ansatz der Hochschulreform. Entscheidend für den Erfolg dieser wird aber sein, dass die neuen JuniorprofessorInnen auch unabhängig vom jeweiligen Lehrstuhlinhaber forschen und lehren können. Deshalb müssen sie finanziell besser ausgestattet sein.

Die Hochschulen müssen mehr Autonomie und damit auch mehr Entscheidungskompetenzen bekommen. Dies muss mit einer Demokratisierung der Hochschulen verbunden werden. StudentInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen sollen mehr Mitspracherechte bei der Leitung der Hochschule erhalten. Des Weiteren fordern wir ein Mitbestimmungsrecht der StudentInnen bei der Besoldung der ProfessorInnen, sowie die Wiedereinführung der Asten.

Die Finanzierung der Hochschulen ist und bleibt Aufgabe des Staates. Neue Geldquellen sollen erschlossen werden, allerdings sollen dabei Eigenständigkeit der Hochschulen und Vielfalt der Forschung bewahrt werden.

Zur Finanzierung der Hochschulen halten wir Studiengebühren auch weiterhin für das falsche Mittel.

Damit die Studierenden ordentlich studieren können und damit auch Kinder aus ärmeren Familien sich überhaupt ein Studium leisten können, ist eine sozial gerechte Ausbildungsförderung nötig. In diesem Zusammenhang setzen wir immer noch auf die Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF). Aus dem BAFF könnten Studierende eine Ausbildungsförderung von zurzeit monatlich 500 Euro über zwölf Hochschulsemeister erhalten, dazu kommt noch ein regional angepasstes Wohngeld.

Bildung ist mehr als nur PISA

Die für Deutschland wenig ruhmreichen Ergebnisse der PISA-Studie haben gezeigt, dass unser Bildungssystem dringend reformiert werden muss. Dazu braucht es eine breite und ehrliche Diskussion in der Öffentlichkeit und kein kleinkariertes Denken nach dem Motto: „Bayern ist sowieso Spitze“.

Die Welt verändert sich immer schneller, deshalb müssen sich auch Schulen und Hochschulen immer schneller anpassen. Es ist schade, dass es erst einer PISA-Studie gebraucht hat, dies der Gesellschaft wieder ins Bewusstsein zu rufen. Die aktuelle Debatte gänzlich auf ebendiese Studie zu beschränken, ist jedoch ein Fehler, denn: Bildung ist mehr als nur PISA.